



**Dr. Jürgen Martens**  
Mitglied des Deutschen  
Bundestages

## **Pressemitteilung** **Grundsteuer - Bundesregierung auf dem Holzweg**

Zwickau, 20.12.2018

**Dr. Jürgen Martens, MdB**  
Wahlkreisbüro  
Moritzstraße 28  
08056 Zwickau  
Telefon: +49 375 46007785  
juergen.martens.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227- 75418  
juergen.martens@bundestag.de  
<https://juergen-martens.com>

Berlin – Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2019 eine Neuregelung der Berechnung der Grundsteuer zu treffen, da die bisherige Bewertung von Grundvermögen zu nicht zu rechtfertigenden Ungleichbehandlungen führt und daher grundgesetzwidrig ist.

Die Bundesregierung hat zwischenzeitlich Ideen vorgestellt, die nach Ansicht der Freien Demokraten zu hohen Umsetzungskosten und einer ausufernden Bürokratie führen werden.

Zu dem jetzt von der Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz gemachten Vorschlag, die Umlagefähigkeit der Grundsteuer nach der Betriebskostenverordnung drastisch zu beschränken, erklärt der rechtspolitische Sprecher der Freien Demokraten in Bundestag, Dr. Jürgen Martens: „Auch dieser Vorschlag reiht sich ein in die Reihe untauglicher Versuche, die Wohnungsnot in Ballungsräumen mit Dirigismus zu bekämpfen. Die GroKo ist auf dem Holzweg, wenn sie meint, dass so auch nur 1 qm neuer Wohnraum entsteht.“ Letztlich würde diese Idee zu einer Erhöhung der Grundmieten führen und so den Mieterinnen und Mietern schaden.